

HERDER- KORRESPONDENZ

MONATSHEFTE FÜR GESELLSCHAFT UND RELIGION

Heft 2

51. Jahrgang

Februar 1997

Eine Selbstbeseitigung der Kirche als politische Kraft in der Mitte sollte vermieden werden.

Hans Langendörfer

Kirchen unter Sparzwang

Sparappelle und Meldungen über leerer werdende Kassen sind gegenwärtig allüberall zu hören. Kaum ein öffentlicher Bereich, in dem finanzielle Mittel im gewünschten und sogar dringend benötigten Maß fließen.

Vor diesem Hintergrund mutet es „normal“ an, daß es auch die Kirchen hierzulande mit zunehmend gravierenderen Finanzproblemen zu tun haben bzw. zu tun bekommen, obgleich die Ursachen nur teilweise dieselben sind: Eine Kombination aus Kirchenaustritten und hoher Arbeitslosigkeit sowie der vielfach bekundete Wille der Politik, den Faktor Arbeit gerechter zu besteuern (vgl. Nichtbesteuerung des Existenzminimums) bzw. billiger zu machen, lassen die Kirchensteuereinnahmen sinken. Das schon seit einiger Zeit, aber massive Rückgänge sind zu erwarten, wenn die Bundesregierung mit ihrer großen Steuerreform Ernst macht.

Kirchensteuereinnahmen hängen von der Konjunktur ab

Die Kirchen werden von einer Problematik eingeholt, die steuersystematisch sicherlich ein Nachteil der geltenden Kirchensteuerregelung ist: Die von den staatlichen Finanzämtern gegen Zahlung einer Gebühr für die Kirchen eingezogene Kirchensteuer hängt an den Erträgen der Lohn- und Einkommensteuer. Sinken die Erträge bei dieser Steuerart, sinken automatisch, und ohne daß die Kirchen hierauf irgendeinen Einfluß hätten, auch die Kirchensteuereinnahmen. Die Einnahmen der Kirchen regelt somit nicht der Bedarf, sondern die Steuerpolitik und die Konjunktur.

Sollte das relative Gewicht der Lohn- und Einkommensteuer innerhalb des gesamten Steueraufkommens grundlegend verändert werden – bei einer sogenannten ökologischen Steuerreform wäre dies etwa der Fall –, stünde das gesamte Kirchensteuer-System zur Disposition.

Soweit ist es bei weitem nicht. Die sich bisher abzeichnenden Veränderungen bedeuten keinen Systemwechsel, sondern müssen und – wie gerade Finanzfachleute der katholischen Kirche verschiedentlich betont haben – können auf die eine oder andere Weise wettgemacht werden.

Theoretisch hätten die Kirchen die Möglichkeit, daß sie zum Ausgleich entgangener Einnahmen Schulden machen. Dies lehnen sie jedoch aus grundsätzlichen Erwägungen ab. Die Hoffnung, daß sich die Lage in einem Maße bessert, daß eine realistische Aussicht bestünde, solche Schulden eines Tages zurückzahlen zu können, hegt niemand.

Bleibe den Kirchen noch die Möglichkeit, ihrerseits an der Steuerschraube zu drehen, um so die durch eine Steuerreform bewirkten Verluste wettzumachen. Wenigstens in der katholischen Kirche scheint man sich bisher einig zu sein, dies nicht anzustreben. Nicht nur, daß man die Anliegen der Steuerreform im Kern bejaht und insofern eine Anhebung der Kirchensteuer schlecht in die Landschaft passen würde – eine Anhebung mutete auch angesichts des öffentlichen Drucks auf die Kirchensteuer unzeitgemäß an. Ganz abgesehen davon, daß der Kirchensteuerzahler zu Recht erwarten kann, daß die Kirchen in Zeiten steigender Einnahmen über die Steuer für schlechtere Zeiten – wenigstens teilweise – vorgesorgt haben.

Wie immer das Ausmaß an Einnahmeverlusten durch sinkende Kirchensteuern aber auch ausfallen wird – einschneidende Veränderungen sind jedenfalls unausweichlich, selbst wenn gerade in der katholischen Kirche immer wieder darauf hingewiesen wird, daß zur Panik kein Anlaß bestehe. Besonders groß ist heute schon der Handlungsdruck in der evangelischen Kirche, vor allem in den östlichen Gliedkirchen der EKD.

Die trügerische Sehnsucht nach der verschlankten Kirche

Wenn die Mittel knapper werden, wird die Notwendigkeit für beide großen Kirchen größer, sich zwischen dem Wünschenswerten und dem Notwendigen, dem Wichtigen und dem Unausweichlichen zu entscheiden, Prioritäten zu setzen, wo bisher die Möglichkeit, das eine wie das andere tun zu können, klare Entscheidungen überflüssig machte. In Zeiten knapper Kassen werden Veränderungen vorgenommen, die sich u.U. über lange Zeiträume nicht wieder zurücknehmen lassen. Unter dem Druck geringer werdender Finanzmittel wird nur allzu leicht eingerissen, wofür einstmalis lange gekämpft wurde. Mit den Sparplänen von heute und morgen wird die Kirche von übermorgen gebaut. Die Kirchen gehen in dieser Hinsicht kniffligen Zeiten entgegen.

Analog zur Diskussion in Staat und Politik geistert in dem Zusammenhang die Vorstellung von einer verschlankten Kirche umher, einer Kirche, die unter dem Druck knapper werdender Finanzmittel zum Wesentlichen ihres Auftrags zurückfinden könnte. Das Sinken der Kirchensteuermittel bietet für manchen die Chance, eine vermeintlich „überbürokratisierte“ Kirche in Deutschland abzuspucken. Bürokratie wird in solchen Fällen allerdings oft das genannt, wozu man selbst ein gespaltenes und distanziertes Verhältnis hat. So soll der Geldbeutel letztlich über Fragen entscheiden, die eigentlich theologischer, ekklesiologischer, kirchenpolitischer Natur sind.

Bevor es in Zukunft zu den unumgänglichen Neufestsetzungen von Prioritäten, Finanzierungsplänen u.ä. kommt, braucht die katholische Kirche in Deutschland dringend eine Klärung ihres Verhältnisses zu dem, was manche in ihr schlagwortartig unter Bürokratie verstehen. Daß Bürokratien dazu neigen, sich auszuweiten, ist keine Erscheinung, die auf die Kirchen beschränkt wäre. Daß Organisationen gut daran tun, übertriebener Bürokratisierung entgegenzuarbeiten, ebensowenig. Wer sich gegen Verbürokratisierung ausspricht, hat immer recht. Hilfreicher wäre es, man würde im einzelnen sagen, was man für überflüssig hält.

Manches Gejammere über eine vermeintliche Überbürokratisierung der Kirche in Deutschland mutet daher geradezu weltfremd an. Wenn Generalvikariate bundesdeutscher Diözesen und kirchliche Wohlfahrtsverbände personalstärker sind als die entsprechenden kirchlichen Einrichtungen in anderen Ländern, liegt dies nicht in erster Linie

darin, daß die Kirchensteuer in Deutschland unbesehen Bürokratien wuchern ließe, sondern u.a. daran, daß die Kirchen in Deutschland gesellschaftliche Aufgaben erfüllen, die in manchen anderen Ländern von der Kirche nicht im selben Umfang wahrgenommen werden.

Die Sehnsucht nach einer organisatorisch verschlankten Kirche verrät nicht selten ein geradezu spiritualistisches Kirchenbild. Die Ursachen mögen verschieden sein: eine problematische, weil unhistorische Idealisierung frühchristlicher Verhältnisse hier; Zurückdrängung einer selbstbewußt gewordenen Laienschaft dort; wieder woanders die trügerische Hoffnung darauf, mit Hilfe einer fundamentalen Distanz zu den modernen Lebensverhältnissen dem christlichen Zeugnis neue Strahlkraft zu verleihen. Man kann den Eindruck haben, als könne den Vertretern solcher Positionen eine Minderung der Kirchensteuereinnahmen eigentlich gar nicht radikal genug ausfallen. Gesellschaftlichen Kräften, denen an einer generellen Zurückdrängung des kirchlichen Einflusses hierzulande gelegen ist, bieten sich hier Koalitionäre geradezu an.

Um nicht falsch verstanden zu werden: Eine jahrhundertalte Institution wie die Kirche trägt manches mit sich herum, das sich eigentlich überlebt hat, was aber aus durchaus ehrenwerten Motiven heraus, zumal unter finanziellen Verhältnissen wie in Deutschland, mitgeschleppt wird. Wenn unter dem Druck knapper Kassen der eine oder andere Schnitt gemacht wird, muß dies deshalb nicht unbedingt von Nachteil sein.

Gleichfalls muß es keineswegs nur negative Folgen haben, wenn man sich künftig auch in den Kirchen genauer als in der Vergangenheit überlegen muß, wofür man sein Geld ausgibt. Der Umgang mit finanziellen Mitteln auf allen Ebenen der Kirche in den finanziell „fetten“ Jahren läßt durchaus Spielräume vermuten. Insofern kann man sich von schlechter gefüllten Kassen sogar die Chance erhoffen, daß fällige Klärungs- und Entscheidungsprozesse beschleunigt werden.

Soviel muß indes klar sein: Die teilweise gerne bemühte Alternative zwischen einer finanziell und strukturell übergewichtigen, dagegen spirituell dürftigen Kirche einerseits und einer finanziell und strukturell „armen“, dafür aber spirituell gefestigten und fruchtbaren Kirche andererseits wird der Wirklichkeit nicht gerecht. Eine angemessene finanzielle und organisatorische Ausstattung der Kirche macht keinen Mangel an spiritueller Kompetenz wett, das ist wohl wahr. Aber eine finanziell wie organisatorisch verschlankte Kirche gibt deswegen noch nicht automatisch ein glaubwürdiges Zeugnis. Vertreter mancher Ortskirchen, nicht nur in Ländern der sogenannten Dritten Welt, können hiervon ein Lied singen.

Die Möglichkeiten, die den Kirchen in Deutschland historisch und politisch zugewachsen sind bzw. die sie sich aktiv erworben haben, sind – das gilt es gerade jetzt in Erinnerung zu rufen – auch eine große Chance und eben nicht nur eine Last.

Was wäre die Alternative zu den Möglichkeiten, die sich in Deutschland auf Grund des Subsidiaritätsprinzips auf Gebieten der Wohlfahrtsverbände, des Sozial-, Erziehungs- und Bildungswesens, der Entwicklungshilfe und vielem anderen bietet? Noch mehr Staat?

Weniger ist hier für die Kirche nicht unbedingt mehr. *Anders* könnte manchmal mehr sein. Ob tatsächlich alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, sich kirchlicherseits in seinem Bildungs-, Beratungs- oder Hilfsangebot zu unterscheiden, kann man sich fragen. Ob man schnell genug auf neuartige Bedürfnisse reagiert und womöglich auch mehr als bisher Experimente wagt. Aber die Möglichkeit der Kirche in Deutschland, auf den unterschiedlichsten Gebieten des sozialen und gesellschaftlichen Lebens als aktives Element in der Sorge um den Menschen wirken zu können, können nur Kleinmütige madig reden.

Die diakonischen Chancen nicht verspielen

Daß sich damit auch manches an Bürokratie ergibt, versteht sich von selbst. Daß sich mehrere 100 000 Arbeitnehmer im kirchlichen Dienst nicht wie ein Priesterseminar führen lassen, auch. Daß umgekehrt in einem so großen Segment der Gesellschaft die Uhren nicht in allem ganz anders gehen können, ebenso. Hier beim kirchlichen Angebot das nötige Maß an Ähnlichkeit, Vergleichbarkeit und zugleich das mögliche Maß an sachlich begründeter Unterscheidbarkeit zu erreichen, darin besteht eine Aufgabe, um die es sich aber lohnt, immer wieder neu zu ringen.

Nach innen wie nach außen wird man neu für die Sinnhaftigkeit der gewachsenen kirchlichen Strukturen werben müssen. Nach innen: Die Möglichkeiten, die sich gerade der Kirche in Deutschland bieten, schaffen ein hohes und durchaus wünschenswertes Maß an Verzahnung mit den übrigen gesellschaftlichen Kräften, den Verbänden und der Politik. „Fundis“ rechts wie links wird dies nicht zufriedenstellen. Die Versuchung, sich mit der „Welt“ nur ja nicht allzu gemein zu machen, stellt sich aber einer Religion, Kirche oder Konfession heute nicht zum ersten- und wohl auch nicht zum letztenmal.

Nach außen ist darauf hinzuweisen, daß die Wahrnehmung dieser Aufgaben nicht unbeträchtlich an ausreichenden und kalkulierbaren Einnahmen der Kirchen über die Kirchensteuer hängt. Daß die Kirchen für die öffentlichen Aufgaben, die sie wahrnehmen, öffentliche Mittel erhalten, stellt – auch wenn dies immer wieder behauptet wird – keinen Widerspruch dazu dar. Jeder private Träger erhält die Mittel, die ihm gesetzlich zur Wahrnehmung dieser Aufgaben zustehen. Mit staatlicher Privilegierung der Kirchen hat dies nichts zu tun.

Darüber hinaus fließen aber Mittel in diese Tätigkeiten, die in entscheidendem Maße auch aus den Kirchensteuereinnahmen stammen. Wenn diese Einnahmen in Größenordnungen von zehn oder 20 Prozent zurückgehen sollten, wird

damit vieles in Frage gestellt, nicht zuletzt deshalb, weil der Staat gar nicht in der Lage wäre, mir nichts dir nichts in diese Lücke zu springen. Darüber müssen sich auch die Politiker im Klaren sein, wenn um Erhalt oder Abschaffung der Abzugsfähigkeit der Kirchensteuer gestritten wird; aber auch jeder Austrittswillige bzw. jeder, der zwar kirchliche Dienstleistungen nutzt, aber nicht an einen (Wieder-)Eintritt denkt.

Darüber hinaus wird in diesem Zusammenhang noch sehr viel grundsätzlicher als bisher über den Stellenwert des sozial-diakonischen Engagements der Kirchen gerungen werden. Die Leichtigkeit, mit der in ersten Konzepten und Ansätzen unterschieden wird zwischen den originären Aufgaben der Kirche, die selbstverständlich weiterhin bei der Vergabe von finanziellen Mitteln Priorität genießen sollen, und weniger originären Aufgaben, bei denen mehr oder weniger große Einschnitte bei der Mittelvergabe unvermeidlich sind, läßt einiges ahnen.

Mit ihrem Sozialwort verbinden die Kirchen auch das Anliegen, deutlich zu machen, wie wichtig ihnen das öffentliche Eintreten der Christen für die Schwachen und Armen im Lande ist. In Meinungsumfragen wird den Kirchen bescheinigt, daß Christen ohne kirchliche Praxis ihre Kirchensteuer auch deshalb weiterbezahlen, weil sie die Kirchen und ihre Einrichtungen weiterhin als glaubwürdige Helfer für eben diese Bevölkerungsgruppen ansehen. Daß die Diakonie – neben Verkündigung und Liturgie – die dritte Grundfunktion kirchlich-gemeindlichen Handelns bildet, ist heute weithin unstrittig.

Und ausgerechnet vor diesem Hintergrund stellt sich in den Kirchen zunehmend schärfer die Frage nach dem, was als unverzichtbarer, originärer Teil ihres Auftrags zu gelten hat und was nicht. Bei aller unumgänglichen Entschlossenheit zum Sparen, zur Konzentration auf das Wesentliche – das Element des Diakonischen darf auch in Zeiten leerer Kassen nicht einfach zu etwas Zusätzlichem, aber letztlich Entbehrlichem verkommen. Das diakonische Zeugnis ist ebenso originär wie Glaubensverkündigung und Gottesdienst. Eine Kirche, die sich unter dem Druck knapper werdender Finanzen in die Sakristei zurückzöge, würde nicht das bewahren, was ihr originär ist, sondern es verleugnen.

Dies heißt nicht, daß nicht darüber nachzudenken wäre, wie das grundsätzlich bejahte und gewollte kirchliche diakonische Engagement in Zukunft zu finanzieren ist. Welche Strukturen sich auf Grund veränderter Verhältnisse und Bedürfnisse erübrigen oder überlebt haben. Welche neuen Finanzierungsmöglichkeiten sich eröffnen ließen. Welches Zeugnis gerade heute benötigt wird.

Nicht zuletzt und gerade auch: Wie das, was getan wird, effektiver getan werden kann als bisher. Christen vertrauen darauf, daß im letzten Gott an uns Menschen handelt und nicht menschliches Handeln zählt. Dieser Glaube aber ist beileibe kein Blankoscheck dafür, ohne die permanente Überprüfung von Ökonomie und Effizienz dieses Handelns auskommen zu können.

Klaus Nientiedt